

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klimaanpassungsgesetz umsetzen: Mit einem Baumgipfel beim Regierenden Bürgermeister gemeinsam für das Stadtgrün

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Mit dem Beschluss des BäumePlusGesetzes hat das Abgeordnetenhaus einen historischen Schritt zur Sicherung unseres Stadtgrüns und zur Anpassung Berlins an die Folgen der Klimakrise getan. Das Gesetz bietet den rechtlichen Rahmen, um den Baumbestand in unserer Stadt nicht nur zu schützen, sondern signifikant zu erweitern und resilienter zu machen.

Nur im Schulterschluss zwischen Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kann das BäumePlusGesetz seine volle Wirkung entfalten und Berlin als grüne, lebenswerte Metropole erhalten bleiben.

Der Senat wird aufgefordert,

- 1) unter der Leitung des Regierenden Bürgermeisters zeitnah einen „Baumgipfel Berlin“ einzuberufen.
- 2) im Rahmen dieses Gipfels alle für den Schutz, die Pflege und die Neupflanzung von Stadtgrün relevanten Akteure an einen Tisch zu bringen. Hierzu zählen insbesondere:
 - die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt,
 - die zuständigen Stadträt*innen der zwölf Berliner Bezirke (Straßen- und Grünflächenämter),
 - die Träger der Berliner Infrastruktur (BIM, BImA, Berliner Wasserbetriebe, Stromnetz, BVG),
 - Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (z. B. Umweltverbände, Baumschutzinitiativen, Gießinitiativen),

- Baumschulen, Kammern und Fachverbände der Bau- und Landschaftsplanungsberufe,
- die Berliner Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
- sowie die einschlägigen Wissenschaftseinrichtungen.

3) den Gipfel mit dem Ziel durchzuführen, eine koordinierte Strategie zur schnellen und effektiven Umsetzung des kürzlich in Kraft getretenen BäumePlusGesetzes zu vereinbaren. Schwerpunkte sollen dabei sein:

- die Klärung von Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken zur Beschleunigung von Nach- und Neupflanzungen,
- die Vereinbarung eines „Pakt für Pflege“, um das Anwachsen von Jungbäumen durch zivilgesellschaftliches und behördliches Engagement zu sichern,
- die Identifizierung von Flächenpotenzialen für neue Standorte im Sinne der Klimaanpassung.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2026 über die Ergebnisse des Baumgipfels und die daraus abgeleiteten konkreten Maßnahmenpläne zu berichten.

Begründung

Der Regierende Bürgermeister sagte im Plenum, als das Gesetz beschlossen wurde: „Lassen Sie uns gemeinsam – Senat, Abgeordnetenhaus, Bezirke, Wissenschaft und Bürgerinitiative – an einer grünen Allianz für Berlin arbeiten, damit Berlin auch die Hauptstadt des urbanen Grüns und die Hauptstadt der Klimaresilienz in Europa werden kann.“

Diesen Appell greifen wir auf, und gießen ihn in konkrete Form. Die Realität in Berlin zeigt, dass die Zuständigkeiten für Baumpflanzungen und -pflege oft fragmentiert sind. Unterschiedliche Verantwortlichkeiten zwischen Senat, Bezirken und landeseigenen Betrieben sowie organisatorische Hürden haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass Pflanzziele verfehlt wurden oder Pflegemaßnahmen nicht griffen. Deshalb sind neue Wege erforderlich, die die Ressourcen der Akteur*innen des BaumEntscheids sowie aller weiteren Kräfte einschließen, die die resiliente grüne Infrastruktur Berlins voranbringen.

Tausende Berliner*innen engagieren sich bereits ehrenamtlich beim Gießen und Pflegen von Bäumen. Ihre Expertise und ihr Engagement müssen strukturell eingebunden und gefördert werden, wie es das BäumePlusGesetz schließlich beabsichtigt.

Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise – mit zunehmenden Hitzesommern und Trockenstress für unsere Stadtbäume – muss der Schutz des Grüns zur Chefsache gemacht werden. Die Ansiedlung des Baumgipfels beim Regierenden Bürgermeister unterstreicht die ressortübergreifende Bedeutung dieses Themas für die Lebensqualität und Gesundheit aller Menschen in unserer Stadt. Außerdem hilft ein solcher Gipfel, „Silodenken“ zu überwinden und eine neue Kultur der Zusammenarbeit (Governance des Stadtgrüns) zu etablieren.

Berlin, den 13. Februar 2026

Jarasch Graf Lux
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen